




## FINANZIERUNG DES HILFESYSTEMS

Das Hilfesystem für gewaltbetroffene Frauen weist bis heute eklatante Mängel auf. So finden gewaltbetroffene Frauen in ländlichen Regionen oft keine spezifischen Einrichtungen, ca. 90 Kreise in Deutschland haben noch kein eigenes Frauenhaus. In Ballungszentren müssen Frauen häufig lange auf die Aufnahme ins Frauenhaus oder auf einen Beratungstermin warten, weil es an Kapazitäten fehlt.

Die bestehenden Hilfsangebote werden vor allem Frauen mit zusätzlichen Belastungen nicht gerecht, etwa Frauen mit  Behinderungen oder psychischen Beeinträchtigungen sowie Migrantinnen oder Frauen mit älteren Söhnen. Zu diesem Ergebnis kommt ein [Bericht der Bundesregierung](#) im Jahr 2012. Hinzu kommt: Die Träger von Frauenhäusern und Fachberatungsstellen haben keine verlässliche Finanzierungsgrundlage und stehen vor erheblichen Finanzierungslücken.

### Die Finanzierungslandschaft – ein Flickenteppich

Die Finanzierungslandschaft der Frauenhäuser und Fachberatungsstellen in Deutschland gleicht einem Flickenteppich: Finanzierungsquellen sind Landesmittel und kommunale Mittel, dazu kommen Kostenbeteiligungen von Frauen sowie Eigenmittel der Träger, unter anderem Spenden und Bußgelder.

In vielen Kommunen wird der Aufenthalt im Frauenhaus über Leistungsansprüche der Frauen nach dem Sozialgesetzbuch (SGB II, SGB XII) finanziert. Doch diese Form der Finanzierung ist problematisch, weil sie Gruppen von Frauen ausschließt oder die Hilfen beschränkt. Das betrifft zum Beispiel EU-Bürgerinnen, Studentinnen, Auszubildende und Asylbewerberinnen oder Frauen mit Einkommen. Frauen ohne Leistungsansprüche nach dem Sozialgesetzbuch können nur dann Schutz und Hilfe in Anspruch nehmen, wenn sie für die Kosten von Beratung und Unterkunft im Frauenhaus selbst aufkommen.

Zusätzliche Hürden entstehen, wenn es zum Beispiel aus Schutzgründen erforderlich ist, dass Frauen in ein Frauenhaus einer anderen Kommune flüchten.

Weil die Kostenerstattung zwischen den Kommunen jedoch schwierig ist, werden diese Frauen dort häufig abgewiesen.

## Forderung von FHK: Rechtsanspruch auf Schutz und SEITE VERLASSEN

Die Träger von Frauenhäusern und Fachberatungsstellen haben keine Planungssicherheit. Mittel von Ländern und Kommunen sind in der Regel freiwillige Leistungen, die abhängig von Haushaltslagen gezahlt und jederzeit gekürzt werden können. Um die ausreichende Finanzierung von Frauenhäusern und Fachberatungsstellen zu sichern, müssen Rechtsgrundlagen geschaffen werden, die Länder und Kommunen verpflichten.

Frauenhauskoordinierung setzt sich daher für eine bundesgesetzliche Regelung zu einem Rechtsanspruch auf Schutz und Hilfe bei Gewalt ein. Betroffene sollen unabhängig davon, aus welchen Kommunen oder Bundesländern sie kommen, bundesweit Hilfeeinrichtungen aufsuchen und Leistungen geltend machen können.

Mit dem Rechtsanspruch wird ein niedrighschwelliger Zugang zu Schutz und Hilfe gewährleistet, unabhängig von Einkommen und Vermögen, Herkunftsort, Aufenthaltsstatus und Gesundheitszustand der betroffenen Frauen. Die Hilfen müssen für die betroffenen Frauen und ihre Kinder ohne eigenen finanziellen Einsatz geleistet werden.

Diese Rechtsgrundlage ist erforderlich, um ein flächendeckendes Angebot von Einrichtungen wie Frauenhäuser und Fachberatungsstellen zu schaffen, die verlässliche und bedarfsgerechte Leistungen anbieten.

### WEITERE INFORMATIONEN


Diskussionspapier von FHK: [Der Rechtsanspruch auf Schutz und Hilfe bei Gewalt 2017](#)

[Qualitätsempfehlungen für Frauenhäuser und Fachberatungsstellen für gewaltbetroffene Frauen](#), FHK 2014.

[„Bericht der Bundesregierung zur Situation der Frauenhäuser, Fachberatungsstellen und anderer](#)

[FAQs zum Rechtsanspruch auf Schutz und Hilfe bei Gewalt. Zusammenstellung der meistgestellten Fragen und der jeweiligen Antworten](#), FHK 2017.

Unterstützungsangebote für gewaltbetroffene Frauen und deren Kinder“, hg. v. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin 2012.

Umfassendes Diskussionspapier der AG 5 der CEDAW-Allianz zu den Themen „Gewalt gegen Menschenh“  SEITE VERLASSEN zur Erstellung des CEDAW-Alternativberichts, 2016.

## PASSENDE MELDUNGEN

26.09.2022

Pressemeldung zum 20-jährigen Jubiläum von Frauenhauskoordinierung e.V. (FHK)  SEITE VERLASSEN



FHK fordert substantielle Investitionen in den Schutz von Frauen und Kindern

Aktuelles

[» weiter lesen](#)

07.04.2022

Pressemeldung: Digitale Unterstützung für gewaltbetroffene Frauen während der Pandemie verbessert



Projekt „Hilfesystem 2.0“ von Frauenhauskoordinierung e.V. (FHK) stattet über 500 Einrichtungen des Hilfesystems technisch aus

Corona

[» weiter lesen](#)

07.03.2022

## Pressemitteilung zum Frauentag: Partnerschaftsgewalt gegen Frauen auf hohem Niveau



Frauenhauskoordinierung fordert Au  
Hilfesystems



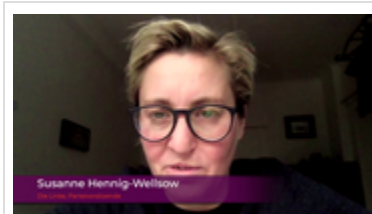
Aktuelles

» weiter lesen

---

15.09.2021

### Susanne Hennig-Welsow (Die LINKE) im Interview mit FHK



Von der Parteivorsitzenden der LINKEN, Susanne Hennig-Welsow, möchte FHK wissen: Mit welchen konkreten Maßnahmen wollen Sie nach der Bundestagswahl...

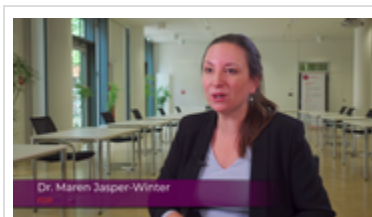
Aktuelles

» weiter lesen

---

14.09.2021

### Dr. Maren Jasper-Winter (FDP) im Interview mit Frauenhauskoordinierung e.V.



Für welche Maßnahmen gegen Gewalt an Frauen und Mädchen wird sich die FDP nach der Bundestagswahl einsetzen? Frauenhauskoordinierung e.V. (FHK) hat...

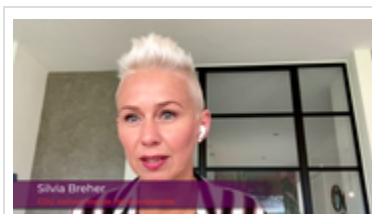
Aktuelles

» weiter lesen

---

09.09.2021

### Silvia Breher (CDU) im Interview mit Frauenhauskoordinierung e.V.



Für die Regierungspartei CDU steht uns die stellvertretende Parteivorsitzende Silvia Breher Rede und Antwort auf die Frage: Mit welchen konkreten...

Aktuelles

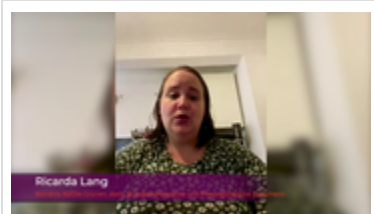
[» weiter lesen](#)

---

 SEITE VERLASSEN

09.09.2021

### Ricarda Lang (Bündnis90/Die GRÜNEN) im Interview mit FHK



Auch von den GRÜNEN möchte Frauenhauskoordinierung e.V. (FHK) vor der Wahl wissen: Mit welchen konkreten Maßnahmen wollen sie nach der Bundestagswahl...

[Aktuelles](#)

[» weiter lesen](#)

---

08.09.2021

### Saskia Esken (SPD) im Interview mit Frauenhauskoordinierung e.V.



Vor der Bundestagswahl möchte FHK von den Bundestagsparteien wissen: Mit welchen konkreten Maßnahmen wollen sie nach der Bundestagswahl dafür sorgen,...

[Aktuelles](#)

[» weiter lesen](#)

---

07.09.2021

### Bundestagswahl 2021: Parteien im Interview mit Frauenhauskoordinierung e.V.



Mit welchen konkreten Maßnahmen möchte die Politik nach der Bundestagswahl dafür sorgen, dass Frauen und Mädchen in Deutschland besser vor Gewalt...

[Aktuelles](#)

[» weiter lesen](#)

---

28.05.2021

### Runder Tisch spricht sich für Bundesgesetz zum Zugang zu Schutz und Beratung aus

Erstmals befürwortet eine Mehrheit von Bund, Ländern und Kommunen, mit Hilfe eines Bundesgesetzes einheitliche und angemessene Bedingungen für den...

Aktuelles



**» weiter lesen**

---

1 2 3 Vor »